



Zürich, 27. Mai 2019

Medienmitteilung:

Die Gewalt an Versorgten ist schwerer als bisher anerkannt Die Radgenossenschaft verlangt restlose Aufklärung

Sehr geehrte Damen und Herren

Gemäss der vom Bund eingesetzten Unabhängigen Expertenkommission zur Aufarbeitung der administrativen Versorgungen wurden in der Schweiz rund 60 000 Menschen „versorgt“; sie wurden interniert, als Verdingkinder herumgeschoben, missbraucht und ihrer Jugend beraubt. Das sind mehr Menschen, als etwa der Kanton Glarus Einwohner zählt. Die Opfer erlebten systematische institutionelle Gewalt. Viele derer, die aus angeblich fürsorgerischen Gründen weggesperrt wurden, kamen dabei in Strafanstalten; darunter eine beträchtliche Anzahl Jenischer.

Gemäss einer Untersuchung des Bündner Amtes für Kultur und des Archäologischen Dienstes Graubünden fanden sich im Friedhof der „Kantonalen Korrekationsanstalt Realta“ in Cazis bei Skeletten klare Beweise für die Einwirkungen institutioneller Gewalt. Der Gesundheitszustand der Menschen in 103 Gräbern war beim Tod nicht nur schlecht, litten doch viele an Tuberkulose. Sondern es fand sich eine „extrem“ hohe Zahl von Rippenbrüchen. Die Forscher schliessen daraus, dass sich die Gesundheit der eingewiesenen Personen in der Anstalt oft verschlechterte und dass die Internierten Schlägen ausgesetzt waren. Wir wissen, dass ein besonders hoher Anteil der in der Realta Eingewiesenen jenischer Zugehörigkeit waren.

Die Radgenossenschaft der Landstrasse, Interessenvertreterin der Jenischen und Sinti der Schweiz, verlangt:

a) Die Entschädigungen für ehemalige Versorgte und Verdingkinder sind endlich beschleunigt auszuzahlen. Viele Betroffene warten seit Monaten, teilweise über ein Jahr und oft ohne jede Nachricht, auf die Behandlung ihrer Gesuche. Die meisten schwanken zwischen Scham und Hoffnung, viele leben in materieller Not.

b) Es sind weitere Untersuchungen in Friedhöfen von Heimen und kirchlichen Einrichtungen durchzuführen, in denen das Augenmerk auch auf die Todesursachen zu richten ist. Die Radgenossenschaft hat seit Jahren Kenntnis von Gerüchten, dass Heiminsassinnen und -insassen durch Gewalteinwirkungen zu Tode kamen.



c) Weiter aufgearbeitet werden muss auch die sexuelle Gewalt an Versorgten und Verdingkindern; dazu gehört die Untersuchung der Freisprüche für Angeschuldigte in den Verfahren, die eingeleitet wurden. Es muss davon ausgegangen werden, dass auch die Strafjustiz in vielen Fällen versagt hat und die Täter ungeschoren davonkamen.

d) Die fürchterlichen Geschehnisse rund um die Versorgungen und die betroffenen Kinder und Jugendlichen, zu denen die Verfolgung der Jenischen aus ethnischen Gründen gehört, sind in einem Museum, das auch als Mahnstätte dient, öffentlich zu dokumentieren. Die Weggesperrten und Verdingkinder, denen ihre Jugend geraubt wurde, müssen geehrt werden.

Diese Untersuchungsergebnisse sind erschreckend, aber für die Radgenossenschaft nicht überraschend. Der frühere Präsident der Radgenossenschaft, Robert Huber – selber ein Schwerstbetroffener, der die Realitäten in der Strafanstalt Bellechasse und der Anstalt Realta/Cazis erleben musste – , hat immer darauf hingewiesen, dass das unmenschliche System der Versorgungen schlimmer war und mehr Menschen erfasste, als offiziell festgestellt wurde. Er beauftragte als Betroffener die Radgenossenschaft, den heutigen Präsidenten und die Geschäftsleitung, das Thema bis zuletzt zu verfolgen und restlose Aufklärung zu erwirken. Wir fordern auch in seinem Auftrag: Das dunkle Kapitel der Zwangsmassnahmen gegen administrativ Versorgte und der ethnischen Verfolgung der Jenischen muss bis zum Letzten erhellt werden.

Radgenossenschaft der Landstrasse, 27. Mai 2019

Für Rückfragen: Daniel Huber, Präsident, 079 662 58 21